**Öffentlicher Auszug
zu den Einzelfeststellungen
aus dem Bericht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes
über die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2013 bis 2015**

Prüfbericht Bereich allgemein, EDV u. Beiträge		
Erledigung früherer Prüfungsfeststellungen:		
TZ	Feststellung/Bemerkung/Hinweis	Stellungnahme/Erledigung/Bearbeitungsstand
1	Feststellungen zur Informationstechnik sowie zum Erschließungs- u. Straßenausbaubeitragsrecht wie im Bericht vom 05.08.2013 (TZ 4, TZ 5) sind auch in diesem Bericht enthalten (vgl. TZ 2).	
Neue Prüfungsfeststellungen:		
Informationstechnik		
TZ	Feststellung/Bemerkung/Hinweis	Stellungnahme/Erledigung/Bearbeitungsstand
2	<i>Maßnahmen zur Verbesserung der Kassensicherheit beim Einsatz finanzwirksamer Verfahren</i>	
a)	-nichtöffentlich-	
b)	-nichtöffentlich-	
c)	-nichtöffentlich-	
d)	<i>Fehlender Abgleich der Gebührenfestsetzungen mit den Fachverfahren; Vermeiden mehrfacher Erfassung gleicher Daten</i>	Im Zuge der aktuellen Erneuerung der Server werden auch die restlichen Fachverfahren (Standesamt/Ordnungsamt) auf OK-FIS FEN umgestellt.
e)	<i>Tagesabschluss – manuelle Nebenrechnungen erforderlich; Barabhebungen in den Büchern teilweise nicht vollständig nachgewiesen</i>	Durch ein Update im Verfahren OK-FIS sind keine manuellen Nebenrechnungen mehr erforderlich.
f)	<i>Elektronische Archivierung von Kassenbelegen - Vollständigkeit der elektronischen Belegarchivierung nicht sichergestellt - Fehlende Scan-Dienstanweisung (Scan-DA)</i>	Die regelmäßige Kontrolle der Belegarchivierung wird beachtet. Die Scan-DA wurde zum 01.01.2017 erlassen.
3	<i>Hinweise zur System- und Netzwerksicherheit</i>	
a)	-nichtöffentlich-	
b)	-nichtöffentlich-	
c)	-nichtöffentlich-	
4	<i>Sonstige Feststellungen zur Informationstechnik</i>	
a)	<i>Aufbau von Kernkompetenzen</i>	Durch die personelle Aufstockung in der Bau- u. Liegenschaftsverwaltung konnte nun eine Halbtagsstelle für die EDV-Betreuung geschaffen werden. Durch die Übertragung der IT-Betreuung an einen neuen Mitarbeiter wurde hier eine deutliche Verbesserung erreicht.
b)	<i>Freigabe finanzwirksamer Verfahren</i>	Die grundsätzliche Gültigkeitsprüfung des Verfahrens OK.FIS ist über die AKDB erfolgt. Die örtlichen Parameterdateien wurden durch das Sachgebiet in Zusammenarbeit mit der EDV-Abteilung geprüft.
c)	<i>Notfallkonzept</i>	Seit 2017 führen wir zusammen mit der Firma LivingData ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) gemäß dem Standard VdS 3473 ein. Neben zahlreichen Handlungsanweisungen beinhaltet dieses auch ein Notfallkonzept.

5	<i>Neufassung der Erschließungsbeitragssatzung</i>	Neufassung der EBS nach aktueller Mustersatzung daes BayGT wurde am 28.08.2019 beschlossen. Rechtskraft ab 01.10.2019.
6	<i>Anpassung oder Neufassung der Straßenausbaubeitragssatzung</i>	Wegen Abschaffung der StrABS hinfällig.
7	<i>Bei der Erneuerung/Verbesserung von Kanälen ist zu prüfen, ob Beitragspflichten ausgelöst werden.</i>	Wegen Abschaffung der StrABS hinfällig.
8	<i>Für die Erneuerung von Straßenbeleuchtungseinrichtungen sind noch Ausbaubeiträge zu erheben.</i>	Wegen Abschaffung der StrABS hinfällig.
9	<i>Für die Erneuerung von Gehsteigen (einschließlich der Hochborde) sind Ausbaubeiträge zu erheben; die Vorgehensweise bei der Sanierung von Fahrbahnen sollte überdacht werden.</i>	Wegen Abschaffung der StrABS hinfällig.
10	<i>Ausschlussfristen betreffend die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für Anbaustraßen im Wochenendhausgebiet</i>	Im Zusammenhang mit dem weiteren Vorgehen bzgl. Bebauungsplanänderungsverfahren Wochenendhausgebiet wird diese Thematik rechtzeitig vor Ablauf der Ausschlussfrist am 01.04.2021 dem Marktgemeinderat zur Entscheidung vorgelegt
11	<i>Zinslose Stundungen von Beiträgen sollten regelmäßig überprüft werden.</i>	Es erfolgt eine jährliche Überprüfung der zinslosen Stundungen.
12	<i>Fehlende Regelungen zu Folgekosten der Wasserversorgung</i>	Die Folgekosten der Wasserversorgung (z.B. Anpassung der Schieber bei Straßenbaumaßnahmen) werden in der Regel vom ZVB zur Wasserversorgung Schwarzachgruppe übernommen. Eine schriftliche Regelung besteht nicht.
13	<i>Sonstige Feststellungen</i>	
a)	<i>Jahresrechnung 2015 steht noch aus</i>	Die Jahresrechnungen 2015 und 2016 wurden vom örtlichen Rechnungsprüfungsausschuss im März 2017 geprüft. Die Feststellung der Jahresrechnung erfolgte in der MGR Sitzung am 27.02.2018.
b)	<i>Prüfung der Jahresrechnungen lag nur in elektronischer Form vor</i>	Jahresrechnungen werden gedruckt und auf Papier aufbewahrt. Wird künftig beachtet.
Prüfbericht Bereich Bauausgaben		
Erledigung früherer Prüfungsfeststellungen:		
Bericht T 00895 v. 21.02.1995 TZ 2, Kennzeichnung von Angeboten, siehe neue TZ 10		
Neue Prüfungsfeststellungen:		
TZ	Feststellung/Bemerkung/Hinweis	Stellungnahme/Erledigung/Bearbeitungsstand
1	-nichtöffentlich-	
2	-nichtöffentlich-	
3	<i>Bei den durch das Ingenieurbüro ausgeführten Leistungsphasen (LPH) 5 bis 9 fehlt die schriftliche Beauftragung durch die Kommune. Künftig wären Verpflichtungserklärungen der Gemeinde gemäß den kommunalrechtlichen Formvorschriften schriftlich auszufertigen.</i>	Wird zukünftig beachtet.
4	<i>Die LPH Objektbetreuung und Dokumentation wurde durch die Gemeinde vor Leistungserbringung vergütet. Künftig wäre darauf zu achten,</i>	Wird zukünftig beachtet.

	<i>dass Zahlungen erst erfolgen, wenn die vertraglich vereinbarten Leistungen tatsächlich erbracht wurden.</i>	
5	<i>Für die Heizungsbauarbeiten wurde mit dem Auftragnehmer kein Wartungsvertrag für die Gewährleistungszeit abgeschlossen. Künftig wäre von der Verwaltung darauf zu achten, dass mit den Auftragnehmern durch Abschluss der entsprechenden Wartungsverträge eine vierjährige Gewährleistungsfrist erreicht wird.</i>	Wird zukünftig beachtet.
6	<i>Bei den geprüften Maßnahmen wurden keine Bauleistungs- und Feuerrohbauversicherungen abgeschlossen. Künftig wäre von der Verwaltung darauf zu achten, dass die unvorhersehbaren Risiken der Bauherr, insbesondere höhere Gewalt und Brand, ausreichend versichert wird.</i>	Wird zukünftig beachtet.
7	<i>Die zur Erfüllung der Vorgaben der Baustellenverordnung nötigen Leistungen wurden durch die Verwaltung nicht in Auftrag gegeben und auch größtenteils nicht erbracht. Künftig wären die Vorgaben der Baustellenverordnung zur Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten entsprechend umzusetzen.</i>	Wird zukünftig beachtet.
8	<i>Für die Beauftragung einzelner Gewerke wurden gesonderte Bauverträge abgeschlossen, mit zum Teil geänderten Vertragsbedingungen im Vergleich zu Ausschreibung. Die Ausschreibungen sollten künftig so vorbereitet werden, dass eine uneingeschränkte Annahme des Angebots durch Zuschlagsschreiben möglich ist.</i>	Wird zukünftig beachtet.
9	-nichtöffentlich-	
10	<i>Der Möglichkeit von Absprachen oder anderen Wettbewerbsbeschränkungen sind vorzubeugen. Kontakte zwischen den Bietern untereinander, aber auch zwischen den Bietern und dem Ingenieur, sind durch organisatorische Maßnahmen zu verhindern. Die Geheimhaltung der Bieterliste (§ 12 Abs. 3 VOB/A 2016) ist unbedingt sicherzustellen, die Nennung der Namen von Planern in den Verdingungsunterlagen ist zu unterlassen. Die Angebote sind zu kennzeichnen. Der Eröffnungstermin ist durch einen Bediensteten der ausschreibenden Stelle (Verhandlungsleiter) vorzunehmen.</i>	Seitdem werden die Submissionen durch zwei Mitarbeiterinnen aus der Verwaltung ohne Ingenieurbüro durchgeführt. Die Vergabeunterlagen werden auch durch uns versendet. Ein Kontakt zwischen Bietern und unserem Ingenieurbüro besteht nicht mehr.
11	<i>Die Bindefristen bei den Vergaben der Einzelgewerke wurden bei fast allen geprüften Gewerken nicht beachtet. Zur Vermeidung von potenziellen Nachteilen, durch Beauftragung von unwirtschaftlichen Angeboten oder Aufhebung und erneuter Ausschreibung, wäre künftig auf die ausreichende Bemessung und Einhaltung der Bindefristen zu achten.</i>	Wird zukünftig beachtet.
12	<i>Die Kommune hat mehrere Schlusszahlungen geleistet, ohne auf die Ausschlusswirkung der vorbehaltlosen Annahme der Schlusszahlung</i>	Wird zukünftig beachtet.

	<i>hinzuweisen. Im Interesse der frühzeitigen Abrechnungsklä rung und zum Schutz vor Nachforderungen sollte die Mitteilung künftig generell bei allen Schlusszahlungen von VOB-Verträgen erfolgen.</i>	
13	<i>Die Kommune hat geänderte und zusätzliche Leistungen bezahlt, für die keine schriftlichen Vereinbarungen vorliegen. Zukünftig sind Nachtragsleistungen unter Einhaltung der Zuständigkeiten schriftlich zu beauftragen.</i>	Wird zukünftig beachtet.
14	<i>Die Nachträge wurden bezahlt, ohne dass der Anspruchsgrund hinreichend belegt bzw. dokumentiert wurde. Künftig sind zu Nachträgen nachvollziehbare schriftliche Darlegungen der ausführenden Firma bzw. des prüfenden Büros auch zum Anspruchsgrund zu fordern.</i>	Wird zukünftig beachtet.
15	<i>Die Nachträge wurden bezahlt, ohne dass die Anspruchshöhe hinreichend belegt bzw. dokumentiert wurde. Künftig sind zu Nachträgen VOB-gerechte Darlegungen der ausführenden Firma bzw. des prüfenden Büros auch zu Anspruchshöhe zu fordern.</i>	Wird zukünftig beachtet.
16	<i>Der nach § 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B mögliche Rückgabezeitpunkt der Mängelanspruchsbürgschaft wurde nicht vereinbart. Der Rückgabezeitpunkt der Mängelanspruchsbürgschaft wäre künftig in den „Besonderen Vertragsbedingungen“ mit dem Ablauf der Gewährleistungspflicht zu synchronisieren.</i>	Wird zukünftig beachtet.
17	<i>Die prüfpflichtigen Anlagen gemäß Sicherheitsanlagenprüfverordnung (SprüfV) sind nach Aussage der Verwaltung nicht vollständig erfasst und somit nicht im Prüfzyklus der SprüfV. Die Prüfungen der prüfpflichtigen Anlagen nach SprüfV sind durch die Verwaltung zu veranlassen.</i>	Durch die personelle Verstärkung in der Bau- u. Liegenschaftsverwaltung werden diese Defizite nun aufgearbeitet und die prüfpflichtigen Anlagen erfasst und einem Prüfzyklus unterzogen.

I. Erledigung

Die Stellungnahmen/Erledigungsvermerke zu den Einzelfeststellungen aus dem Bericht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes über die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2013 bis 2015, Prüfungsgebiet Bauausgaben wurden durch die zuständigen Sachgebiete gefertigt.

Schwanstetten, den 09.10.2019

II. Kenntnisnahme

Sachgebiete, Kämmerei, Geschäftsleitung

III. Behandlung im Marktgemeinderat

Sitzungsvorlage Nr.: 2019/0713, Sitzung am 15.10.2019 -nichtöffentlich-